

RS Vwgh 1991/5/27 90/12/0145

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.05.1991

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof

63/02 Gehaltsgesetz

Norm

GehG 1956 §12 Abs3;

VwGG §41 Abs1;

Rechtssatz

Zur Frage, wann eine Vortätigkeit oder ein Studium von besonderer Bedeutung für die erfolgreiche Verwendung des Beamten im Sinne des § 12 Abs 3 GehG ist, muß ein Beamter - zur Ermöglichung einer Relevanzprüfung durch den VwGH - vorbringen, inwieferne diese Tätigkeit (Studium) bezogen auf seine Verwendung am Beginn seines öffentlich rechtlichen Dienstverhältnisses von besonderer Bedeutung gewesen sein soll (Hinweis E 16.1.1989, 88/12/0220).

Schlagworte

Sachverhalt Mitwirkungspflicht Verschweigung

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1991:1990120145.X02

Im RIS seit

16.11.2000

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>